Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

80. Sitzung vom 5. Mai.

Am Tische des Bundesrathes: Scholz, Burchard, Bronsart v. Schellendorf, v. Caprivi, Lucius, v. Schelling.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Reichshaushalts-Etats pro 1884/85.

Staatssekretär im Reichsschatzamt Burchard: In der Vorlage des Etats für 1884/85 findet die Mahnung ihren Ausdruck, welchen die jüngste Kaiserliche Botschaft dem Reichstage ans Herz gelegt hat. Ich bin daher der Mühe überhoben, Erwägungen über die Zweckmäßigkeit der Vorlage anzustellen. Das Verfahren ist nicht ohne Vorgang, bereits zwei Mal seit dem Bestehen des deutschen Reichstages ist der Etat für ein bestimmtes Jahr in der ersten Hälfte des vorhergehenden berathen worden. — Was den Etat selbst betrifft, so ist seine Aufstellung in dem Bestreben erfolgt, den Beschlüssen des Reichstags bezüglich des laufenden Etats möglichst Rechnung zu tragen. Infolgedessen hat der Bundesrath bei den fortdauernden Ausgaben die Kosten für die Unteroffizierschule in Neubreisach und diejenigen für ein Panzerfahrzeug an Stelle des „Adalbert" abgesetzt, ebenso hat er von einer Vermehrung der Stellen beim Reichseisenbahnamt und beim Oberrechnungshof Abstand genommen und ferner die Bauprojekte für mehrere Kasernen fallen lassen. Auf der anderen Seite, wo er bei seiner Forderung bleiben mußte, hat er, statt der vorher eingesetzten zweiten, erste Raten eingesetzt, so beim Barackenlazareth in Jüterbog und beim Schießplatz in Wahn. Bei der Postverwaltung hat der Bundesrath für verschiedene Bauten 350,000 M. abgesetzt und eine Zerlegung des Titels für Beamtengehälter vorgenommen. Eine Mehrausgabe ist eingestellt für eine dringend nothwendige Vermehrung des Personals beim Reichsgericht; auch bei der Militärverwaltung mußten 236,000 M. aufgenommen werden, weil das Reich vertragsmäßige Verpflichtungen hatte, denen es sich nicht entziehen konnte. Ein vergleichendes Bild mit dem im November aufgestellten Etat für 1884/85 ergiebt, daß die fortdauernden Ausgaben um 550,000 M. niedriger angesetzt sind, dagegen die Einnahmen um 6,450,000 M. höher, sodaß sich eine Verminderung der Matrikularbeiträge um 7 Mill. ergiebt. Bei der Verwaltung des Reichsheeres konnten namhafte Abstriche gemacht werden durch Ersparungen bei der Naturalverpflegung. Auch bei der Reichsschuld sind 150,000 M. weniger eingesetzt. Bei den einmaligen Ausgaben sind aufgenommen worden 2 Mill. für das Reichstagsgebäude. Die einmaligen Ueberschüsse aus den früheren Jahren sind 4,200,000 M. höher angesetzt als im alten Etat, die Einnahmen aus dem Bankwesen um 1½ Mill., aus Post und Telegraphie um ½ Mill., aus den Eisenbahnen und 1,3 Mill., aus den übrigen Verwaltungen um 800,000 M. Die Einstellungen sind nach der wirthschaftlichen Lage am Ende Februar geschehen, inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich nur bei der Rübenzuckersteuer geändert. Hier hat sich die Einnahme für März um 7,800,000 M. höher gestellt als erwartet wurde, diese Vermehrung resultirt aus den Baarzahlungen die für die Steuerbeträge von den Fabrikanten gemacht sind. Während man auf nur 4—5% Baarzahlungen gerechnet hatte, sind dieselben in dem doppelten Prozentsatze erfolgt, dabei hat sich die Zuckerproduktion enorm gesteigert. Während nämlich die Einnahmen aus der Zuckersteuer im Jahre 1881/82 99½ Millionen betrugen, haben sie 1882/83 die Höhe von 137 Millionen erreicht. Gegenüber dieser Thatsache mußten die Fabrikanten ihren Kredit erhöhen, oder sie mußten Baarzahlungen eintreten lassen; sie scheinen letzteres vorgezogen zu haben. Der Mehrertrag aus den Zöllen beträgt gegen den früheren Entwurf 3,847,000 M. Dagegen haben die Verbrauchssteuern eine Herabminderung um 90,000 M. erfahren, es resultirt dies namentlich aus der veränderten Brandweinproduktion, die wieder auf die schlechte Kartoffelernte zurückzuführen ist. Ein ferneres Minus von 50,000 M. ergiebt die Reichsstempelsteuer. Dagegen figuriren Post und Telegraphie mit einem Plus von 1,348,000 M. und das Bankwesen mit 815,000 M. Auch die Zinsen für den hinterlegten Reichstagsgebäudefonds sind um 800,000 M. erhöht. — Die Matrikularbeiträge waren für 1883—84 mit 91,868,000 M. eingesetzt, die Ueberweisungen an die Einzelstaaten mit 91,500,000 M., sodaß die Belastung 368,000 M. betrug; für 1884—85 betragen die Matrikularbeiträge 102,500,000 M. und die Ueberweisungen 98 Millionen, sodaß ein Zuschuß von 4½ Millionen nöthig sein wird. Als Neuwiedererlangt dafür dienen die genannten Ueberschüsse aus den verschiedenen Verwaltungen. Ich schließe mit der Bitte, den Etat möglichst bald zum Abschluß zu bringen, alle Bedenken sind untergeordnet gegenüber dem hohen Zweck, der auf anderem Wege nicht erreicht werden kann.

Abg. Dr. Bamberger: Ich glaube, der Herr Staatssekretär hat wohl selbst das Gefühl, daß der Anfang und das Ende seines Vortrages, wie wir ihn hier gehört haben, viel bedeutsamer sind, als die einzelnen Zahlen, die uns dabei angeführt wurden. Es ist ja natürlich, daß man neben den Zahlen auch entsprechende Bemerkungen macht, aber eigenthümlich ist es doch, daß wir heut zum zweiten Mal in dieser Session eine Etatsberathung überhaupt erhalten haben. Ich finde darin ein schwerwiegendes Ereigniß, einen so folgenreichen Wendepunkt für unsere parlamentarische Thätigkeit, daß man mir schon vergeben muß, wenn ich eine Besprechung der einzelnen Zahlenposten hier bei Seite lasse, mich vielmehr auf einige allgemeine Punkte beschränke. Der Herr Staats-Sekretär hat damit eingeleitet, daß er sich auf die Allerhöchste Botschaft bezog. Auch ich bin von der Wichtigkeit dieses hohen Aktes durchdrungen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß der vorgelegte Etat für 1884/85 ein Ausfluß der Thätigkeit des ersten Ministers im Reiche ist, und daß der Schwerpunkt der Botschaft, nicht in der Berathung des nächstjährigen Etats, sondern vielmehr in der Art liegt, wie wir die sozialen Aufgaben zu erledigen haben werden. Wenn uns die Botschaft ans Herz legt, daß wir in dieser Session an die Durchberathung des Etats für 1884/85 gehen sollen, so geschieht dies doch mit Rücksicht darauf, daß gewisse Aufgaben der sozialen Reform so dringende und wichtige sind, daß für deren Berathung die nächste Zeit vollständig in Anspruch genommen werden wird. Ich will mich nun damit beschäftigen, daß uns in derselben Session allen früheren Präsedenzen gegenüber zwei Etats vorgelegt werden. Man wird doch zunächst nicht annehmen wollen, daß dies der reine Zufall ist, nachdem wiederholt der Versuch gemacht wurde, den Reichstag zu einer zweijährigen Etats-Periode zu bewegen, und es wird hier die Frage wohl erwogen werden müssen, ob nach den parlamentarischen Bestimmungen die Zulässigkeit der zweijährigen Budgetperiode überhaupt gestattet ist. Es ist bekannt, daß in der englischen, in der preußischen und französischen Verfassung vorgeschrieben ist, daß ein vom Parlamente einmal abgelehnter Gesetzentwurf in derselben Session nicht wieder eingebracht werden darf, und wenn auch diese Bestimmung nicht existirte, so müßte man sie doch als selbstverständlich schon im Interesse der Verhandlungen des Parlaments aufrecht erhalten. Formal ist ja unsere Regierung hier in ihrem Recht, das kann nicht bestritten werden, aber praktisch glaube ich: das Bild, das uns soeben hier entrollt worden ist, hat uns schon gezeigt, daß man jetzt noch nicht im stande ist, auch nur den Stoff für die Etatberathung zu beherrschen. Es liegt in dieser Art, dem Reichstag gegen seinen Willen eine Etatberathung aufzuzwingen, eine Tendenz, die der Selbstverhaltung der parlamentarischen Vertretung des Volkes nicht günstig sein kann. Ich will nicht sagen, daß hier eine absichtliche Methode vorliegt, den Reichstag in seiner Bedeutung herabzudrücken — es thut mir leid, daß körperliche Leiden, wie ich bestimmt annehme, den ersten Minister vom Hause fernhalten, aber schon die Thatsache, daß wir die folgenschwersten Debatten hier allein führen müssen, ist beklagenswerth. Es ist zu bedauern, daß wir der Gegenwart des Reichskanzlers bei diesen wichtigen Berathungen beraubt sind — wir sind gewissermaßen in der Lage. Hochzeit halten zu müssen, ohne den Bräutigam. (Heiterkeit.) Zwischen zwei Etatsberathungen soll eben immer ein längerer Zeitraum liegen, um in der Zwischenzeit Erfahrungen zu sammeln und das wichtigste ist eben, daß bei der Etatsberathung alle wichtigen Staatsgeschäfte besprochen werden sollen. Außerdem halte ich den jährlichen Zusammentritt des Reichstages auch aus einem anderen Grunde für sehr nothwendig. Ich finde, daß unsere Jurisprudenz äußerst rigoros gewoben ist gegenüber der Kritik von Regierungshandlungen — hier ist noch die einzige Stätte, wo man in dieser Hinsicht ein freies Wort sagen kann. — Es geht aber überhaupt nicht anders, m. H., wenn das deutsche Reich und der Reichstag sich wohl befinden sollen, dann muß das geltend sein, was Sie (zur Rechten) mit Nasenrümpfen als den Parlamentarismus bezeichnen, d. h. die Regierung muß sich in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Volksvertretung befinden. Wenn Vorlagen mit einer erdrückenden Majorität abgelehnt worden sind und immer wieder vorgelegt werden, dann kommen wir in der That zum Scheinparlamentarismus, welcher mit Recht als das größte Uebel bezeichnet wird. Ein organisches Zusammenwirken zwischen Regierung und Reichstag ist nothwendig und dahin muß es kommen, entweder wir werden parlamentarisch werden, oder wir werden gar nicht sein. Fürst Bismarck hat es früher oft selbst anerkannt, daß die Regierung, wenn sie etwas erreichen will, sich auf eine Majorität stützen muß. Nur begeht er den Fehler, zu glauben, die Majorität müsse der Regierung folgen. In Wirklichkeit hat hier die Regierung den Weg zu gehen, den ihr die Mehrheit des Reichstages vorzeichnet. (Hört! hört! rechts.) Da nun die Regierung keine dotmäßige Mehrheit bekommt, will sie das Parlament so selten als möglich beisammen haben und hat den Versuch gemacht, uns für zweijährige Etatsperioden zu gewinnen. Und da dies nicht ging, kommt sie jetzt mit dem Etat. Alle Leiden, an denen wir laboriren und die gestern hier wieder zum Ausdruck gekommen sind, sind die Folge, ich will nicht sagen des methodischen, aber doch des instinktiven Vorgehens gegen das Parlament, um dessen Ansehen zu untergraben. Man hat uns vorgeworfen, wir hielten zu lange Reden, aber wie außerordentlich kurz sind unsere Reden im Vergleich zu den in den außerdeutschen Parlamenten gehaltenen. Es wird geklagt über die die Gesundheit aufreibende Thätigkeit der Reichsbeamten, aber sind wir denn etwa auf Rosen gebettet? Es wird auf die Botschaft hingewiesen. Aber es ist der gesinnteste konstitutionelle Grundsatz: „Der König kann nicht Unrecht thun", zwischen dem Monarchen und dem Reichstag steht der verantwortliche Minister und mehr als alles andere schützt dieser Grundsatz die Monarchie, daß an der Heiligkeit des Staatsoberhaupts nicht gerührt wird. Und bei uns denkt auch auf der äußersten Linken Niemand an eine Republik. Ich wenigstens würde den, der jetzt in Deutschland die Republik anstrebte, für den reinen Narren halten. Wir würden dann keine Einheit mehr erhalten, vielmehr in lauter kleine Republiken aufgehen. Der Kaiser ist der Hort unserer Monarchie, der Hort unserer Einheit und ihn dürfen wir nicht in die Debatte ziehen. Die Botschaft erachtet es für eine große Aufgabe, die sozialpolitischen Vorlagen zu erledigen und man begegnet dabei oft dem Ausspruch, der mich stets peinlich berührt, daß wir durch den Erlaß des Sozialistengesetzes zur Erledigung der sozialpolitischen Vorlagen verpflichtet seien. Das begreife ich nicht; denn ist es unsere Pflicht, diese Probleme zu lösen, so bleibt sie es auch, wenn das Sozialistengesetz nicht existirt und wenn es unsere Pflicht nicht ist, dann können wir durch das Gesetz dazu nicht verpflichtet werden. Man wirft uns sogar vor, daß wir Unrecht gethan haben, das Sozialistengesetz zu schaffen, wenn wir nicht an der Lösung der sozialpolitischen Probleme mitarbeiten wollen. Es ist ein geradezu unheimlicher Gedanke, daß wir das Sozialistengesetz nur deshalb machen dürften, um genügenden Grund für die Inangriffnahme der sozialpolitischen Entwürfe zu haben. Das erinnert mich daran, daß, als Napoleon III. nach dem Attentat von Orsini über die Alpen zog, um Italien frei machen zu helfen, Orsini als Märtyrer der italienischen Freiheit gepriesen wurde. Und wenn es wahr wäre, daß Nobiling kein Verrückter war, was ich entschieden annehme, sondern ein Sozialdemokrat gewesen ist, so wäre er durch sein Attentat zum Märtyrer geworden und der Sozialdemokratie geführte das Verdienst, die Veranlassung zu den sozialpolitischen Entwürfen gegeben zu haben. Man sagt, es sei stets Tradition der preußischen Könige gewesen, für das Wohl der arbeitenden Klassen einzutreten. Ich bestreite jedoch, daß dies in höherem Maße als von anderen Monarchen geschehen ist und gerade bei den größten preußischen Königen findet sich keine Spur sozialpolitischen Strebens und noch im Jahre 1878 wurde von seiten der Regierung auf die Klagen über den ungünstigen Zustand des Handels erklärt, es sei nicht Sache der Regierung, in Handel und Wandel gesetzlich einzugreifen. Noch vor einem Jahre erklärte man die Altersversicherung für ein auf ein Menschenalter berechnetes Werk; heute hat man dieses Menschenalter bereits auf ein Jahr ermäßigt. Auch wäre es sehr gut, etwas über die Mittel zur Lösung dieser Frage zu erfahren. Wir müssen uns klar werden, was uns dabei von der Regierung trennt und der Antrag Rickert war das beste Mittel zu diesem Ziel zu gelangen. Der Reichskanzler erklärte, daß, wenn der Reichszuschuß nicht angenommen würde, er das ganze Gesetz verwerfen müsse; wir müssen doch erfahren, ob der Reichskanzler auf demselben Standpunkte steht und für ihn der Reichszuschuß nach wie vor conditio sine qua non geblieben ist. Man muß sich darüber klar werden, daß die Großmuth des Staates aus den Taschen der Steuerzahler stammt und es verräth kein besonders gutes Herz, Wohlthaten aus fremder Tasche zu erweisen. Wollte man statt „Staat" in diesen Fällen immer „Steuerzahler" sagen, man würde im Lande über die Wohlthaten der Regierung bald anderer Meinung sein. Wenn man schon diese Probleme lösen muß, so halte ich es für konsequenter, in dem Sinne der Sozialdemokraten zu verfahren. Die letzteren fühlen sich durch die sozialpolitische Richtung des Reichskanzlers so nahe der Wilhelmsstraße, daß neulich der Abg. Kayser die Magistrate von Berlin und Breslau als fortschrittliche angriff. Es ist geglückt, Deutschland durch eine vorzügliche auswärtige Politik vollständig vor äußeren Feinden zu sichern, aber im Innern sieht es darum nicht gerade friedserig aus. Stellen Sie deshalb nicht Konfession gegen Konfession auf und bereiten Sie keinen Antagonismus zwischen Kaiser und Parlament. Wir werden stets bleiben Sr. Majestät allertreueste Opposition und in diesem Sinne werden wir auch gegen die sozialpolitischen Vorlagen stimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Finanzminister Scholz: Ich will zuvörderst konstatiren, daß die frühere Meinung des Abg. Richter, daß Etats möglichst früh eingebracht werden müssen, nicht durch das frühere Pauschquantum im Militäretat begründet worden ist, sondern daß sie eine ganz allgemeine war, sodaß er einst äußerte, wenn ein Gesetz darüber erlassen werden sollte, dann müßte § 1 desselben lauten, daß die Etats vor dem 1. April eingebracht werden müssen. Es ist hier von der Empfindlichkeit der kleinen und großen Behörden gesprochen worden; aber ich glaube, daß es keinen grundloseren Vorwurf geben kann in einer Zeit, wo die Behörden oft in so rücksichtsloser Weise angegriffen werden. (Sehr richtig! rechts.) Aber mit Dank erkenne ich an, daß Herr Bamberger mit Offenheit das parlamentarische Regiment auf die Fahne seiner Partei geschrieben hat (Abgeordneter von Minnigerode: Hört! hört!), sodaß im Lande nun wohl kein Zweifel mehr über diese Frage sein wird. (Sehr gut! rechts.) Wir wollen nicht parlamentarisches, sondern kaiserliches Regiment. (Bravo! rechts.) Ich betrachte den heutigen Tag als einen Wendepunkt in der Kampfesweise. Aber wenn die parlamentarische Regierung schon möglich wäre, wo ist dann die konstante Majorität, die regieren soll und kann, bei dieser Spaltung der Parteien? Der Abg. Bamberger hat gesagt, wir haben entweder eine parlamentarische Regierung oder einen Scheinkonstitutionalismus und hat damit im Lande jedenfalls großen Effekt hervorzubringen gemeint. Aber er hat das Dritte vergessen, eine Regierung nach dem Willen des Monarchen unter dem Beirath der Volksvertretung! (Bravo! rechts. Rufe links: „Beirath!") Eine solche Vertretung ist nicht die von Jasogern, denn sie haben in solchem Falle die Macht, nein zu sagen, wie es thatsächlich auch oft geschehen ist. Dann hat der Abg. Bamberger behauptet, die Regierung habe das Prinzip angenommen, nachdem die Majorität von früher sich zersplittert hatte, erst möglichst wenig das Parlament mit Arbeiten zu befassen und dann es durch Hypertrophie zu ruiniren. Ich weiß nicht, was zu einer solchen Ansicht berechtigt; ich bestreite, daß die Regierung die Tendenz hatte, durch eine Fülle von Vorlagen den Parlamentarismus zu bekämpfen. Herr Bamberger sagt, wir leiden darunter; bei ihm ist die Empfindung dieses Leides viel stärker bei seiner ganzen Parteistellung; denn er weiß nicht, daß der Staat diese Anstrengungen machen muß und sein einziger Gegner darin ist die Manchesterschule. Auch das Zusammentagen von Reichstag und Landtag hat der Abg. Bamberger besprochen, jedoch keine neuen Gesichtspunkte entwickelt und sich im übrigen auf die Autorität des Herrn Windthorst berufen, um zu beweisen, daß eine Personeneinheit in beiden Vertretungen bestehen müsse. Man thut immer so, als ob die siebzig Herren die Hauptsache seien; es ist aber eine falsche Courtoisie, weil die 70 unter dem Zusammentagen leiden, dies zu einer entscheidenden Sache zu machen. Das Volk kann sich doch dadurch, daß siebzig Herren, von denen die Hälfte gar nicht murrt, in beiden Häusern sitzen, an der Erledigung seiner legislatorischen Arbeiten nicht hindern lassen. Ferner hat Herr Bamberger die Vorlegung des Etats eine Fortsetzung der Operation zu Gunsten der zweijährigen Etatsperioden genannt und auf das verantwortliche Verhältniß der Minister zwischen König und Parlament hingewiesen. Aber damit hat er gar nichts Neues gesagt und der Herr Reichskanzler hat einst dieses Thema so erschöpfend behandelt, daß ich es für vermessen halte, darüber noch etwas zu sagen. Warum hat Herr Bamberger diesen Standpunkt also als einen auf fremder Erde erwachsenen bezeichnet? Das preußische Ministerium führt Politik nach dem Willen des Monarchen, aber es bleibt Ihnen verantwortlich. Der Herr Abgeordnete hat von der monarchischen Tendenz aller Parteien gesprochen; aber er wird nicht bestreiten können, daß die parlamentarische Regierung materiell darauf hinausläuft, republikanische Zustände herbeizuführen und mit Bedauern habe ich gehört, daß er betont hat, daß jetzt die monarchische Tendenz bei allen Parteien anzutreffen sei. (Abg. v. Minigerode: Sehr gut! Heiterkeit.) Die ersten Worte der Botschaft hätten Herrn Bamberger belehren können, daß die Regierung es jederzeit als Pflicht betrachtet hat, für das Wohl der ärmeren Klassen zu sorgen und es kann daher von einem Zusammenhang zwischen dem Sozialistengesetz und den sozialistischen Entwürfen nicht gesprochen werden. Allerdings wächst durch das Sozialistengesetz die Pflicht zu positiven Maßregeln. Ueber die Mittel zur Erreichung der vorgezeichneten Ziele kann ich hier nicht diskutiren, das muß ich aufsparen bis zur materiellen Debatte über das Unfallgesetz. (Abg. Rickert: Einverstanden!) Die Regierung hat erkannt, daß das Volk sich bis in seine Atome zersetzt und will deshalb zur Rettung der Gesellschaft korporative Institute errichten, das sind keineswegs reaktionäre Maßregeln, sondern ein Heilungsprozeß. Die Eloquenz ist aus diesem Saale nicht geschwunden und man wird die des Herrn Bamberger überall anerkennen. Aber ich zweifle nicht, daß die Sprache des Kaisers mächtiger, als die Eloquenz des Herrn Bamberger im Lande wirken wird. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Benda: Das Zusammenwirken einer Anzahl von Mitgliedern in beiden Vertretungen ist zum Zusammenhang des Reiches und der Partikularstaaten nothwendig und wenn dereinst dieses Verhältniß nicht mehr existiren sollte, so würde es der Herr Minister sicher zurückwünschen. Was den Etat betrifft, so glauben wir nicht, daß die Vorlegung desselben im gegenwärtigen Augenblick förderlich ist und ich fürchte, die Rückwirkungen werden sich in einigen Monaten schon zeigen. Wir legen ein großes Gewicht auf die Spezialberathungen, im Interesse der Ordnung, und der Steuerzahler. Aber dazu gehört, daß die Berathungen möglichst nahe an den Beginn des Etatsjahrs herangerückt werden und die Regierung ist ehedem derselben Meinung gewesen, wie es in den Motiven zu einem Gesetz noch im Jahre 1876 ganz ausdrücklich hervorgehoben ist. Diese Meinung ist auch bis jetzt die Grundlage für unser ganzes Etatsleben gewesen. Besonderes bei Extraordinarien wird dieses Abweichen von der Regel sehr empfindlich stören; denn früher pflegte man hier erst zu fragen, wie es mit den vorjährigen Bewilligungen steht und hat danach seine Ansicht gefaßt. In der Budgetkommission wird man natürlich mit größter Vorsicht verfahren und über jeden Posten mit größter Genauigkeit berathen. Wenn der Etat eine Photographie der Finanzverhältnisse des Landes sein soll, so ist unser Etat eine sehr schlechte Photographie ohne die nöthige Retouche. Der heutige Vortrag des Herrn Burchard ist auch eine vollständige Verurtheilung des vorliegenden Etats. Mit einer solchen Etatsaufstellung kann sich auch keine Regierung befreunden, am wenigsten der Kriegsminister. Man hat die Auffassung ausgesprochen, daß mit diesem Etat die Probe für die zweijährigen Budgetperioden gemacht werden soll. Man kann sicherlich auch Etats für fünf Jahre aufstellen, aber sie werden falsch sein. Der Herr Minister hat im Abgeordnetenhause erklärt, daß die Regierung beharrlich dieses Ziel verfolgen werde und ich hoffe, daß die Beharrlichkeit der Volksvertretung, dieses Streben zu vereiteln, nicht geringer sein wird. (Bravo! links.)

Abg. v. Koeller: Die konservative Partei hält nach wie vor an der Meinung fest, daß zweijährige Etatsperioden am zweckmäßigsten seien. Etats sind ja niemals ganz richtig und das würde uns niemals veranlassen, unseren Standpunkt aufzugeben. Wir halten zweijährige Etats schon der bedeutenden Zeitersparniß wegen für eine erstrebenswerthe Einrichtung. Nachdem die Aenderung der Verfassung in diesem Punkte abgelehnt war, hatte die Regierung die Absicht, ohne Verletzung derselben, die Vortheile der zweijährigen Etats durch möglichst frühe Einbringung des Etats zu gewinnen und wir können nicht einsehen, daß durch die Berathung im jetzigen Moment irgend ein Bedenken geweckt werden könnte. Die Frage ist doch nur die, ob es praktisch ist oder nicht, den Etat jetzt zu berathen und da sind nicht allein die Interessen des Etats zu berücksichtigen, sondern auch die übrigen Geschäfte des Reichstages ins Auge zu fassen. Abg. Bamberger nannte die zweimalige Einbringung des Etats in derselben Session ein schwerwiegendes Ereigniß und gesetzlich unzulässig, weil ein abgelehnter Entwurf in derselben Session nicht eingebracht werden könne. Nun dauert die Session schon über ein Jahr und kann unter Umständen noch sehr bedeutend lange dauern. Dadurch aber würde die Regierung überhaupt nicht in die Lage kommen, einen Etat einzubringen. Abg. Bamberger hat es auch für nothwendig erklärt, daß ein Jahr zwischen der Einbringung des Etats liegen müsse; Herr Bamberger hat heute schon ein so schönes Bouquet von Beschwerden vorgebracht, daß es eines größeren Zwischenraumes für die Einbringung der Etats wohl schwerlich für ihn bedarf. Mit Bezug auf die Ausführungen des Herrn Bamberger über die parlamentarische Regierung kann ich ihm den Rath geben, sich weiter nach links zu wenden, da er über den Standpunkt der Fortschrittspartei darin noch hinausgeht. Daß Herr Bamberger den Italiener Orsini in die Debatte brachte, dürfte er wohl selbst schon bereuen. — Der Etat giebt ein erfreuliches Bild, da er mit mehr als 9 Millionen mehr abschließt, als der zuerst vorgelegte. Redner geht darauf auf eine Erörterung des Etats ein und motivirt seinen Antrag auf Verweisung einer Reihe von Spezialetats an die Budgetkommission.

Abg. Payer (Volkspartei) erklärt, daß seine Partei gegen jeden einzelnen Titel und damit gegen den ganzen Etat stimmen werde und bittet die Regierung zu gelegener Zeit einen neuen Etat einzubringen. Formell ist die Regierung wohl im Rechte, den Etat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18830508028/fragment/page=0001

jetzt vorzulegen, aber wir haben auch das Recht, denselben abzulehnen. Es handelt sich hier nicht um eine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern um eine Frage der parlamentarischen Macht. Zu den bisherigen Zumuthungen des Kanzlers haben wir zurückgewiesen und ich will hoffen, daß auch jetzt sein Wille nicht zum Durchbruch kommt und wir müssen einen energischen Protest gegen seine Zumuthung aussprechen. Die Geschichte der letzten Monate zeigt, daß ein gewisses System in diesem Vorgehen des Reichskanzlers liegt, und das macht es uns um so mehr zur Pflicht, entschieden dagegen zu sprechen. Der Kanzler hat so oft sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er mit so vielen Berufsparlamentariern zu debattiren habe, aber ist es denn Leuten, die einen anderen Beruf haben, noch gut möglich, ein Mandat anzunehmen, ist man bei der jetzigen Geschäftslage denn noch im stande, seinen Beruf zu verlehren? Eines oder das Andere muß man vernachlässigen, entweder die Abgeordnetenpflicht, oder den Lebensberuf. Der kaiserlichen Botschaft treten auch wir mit Ehrerbietung gegenüber, aber ich erkläre, daß wir ihre Besorgnisse nicht theilen. Heute ist auch eine große Verwirrung staatsrechtlicher Begriffe von seiten des Herrn Burchard zu Tage getreten, indem er die Botschaft als eine landesväterliche Mahnung bezeichnete. In der Zeit des Nebeneinandergehens ist es wohl zu verzehen, wenn man den Landtag und Reichstag verwechselt (Heiterkeit); denn es giebt in Deutschland wohl Landesväter, aber keinen Landesvater und ich betrachte den König von Württembera als meinen ganzen ungetheilten Landesvater. (Sehr gut! links.) Die Ausführung des Ministers gegen die parlamentarische Regierung war auch ein Beweis staatsrechtlicher Verwirrung. Denn parlamentarische Regierung ist identisch mit konstitutioneller Regierung und in einer solchen sind die Rechte der Krone stets gewahrt. Aber Deutschland ist kein Einheitsstaat, sondern ein Staatenbund und neben dem Kaiser existiren doch noch die verbündeten Regierungen, die mit dem Reichstag zusammen das deutsche Reich bilden. Seit einer Reihe von Jahren ist der Reichstag stets in der Defensive geblieben, er hatte nur Angriffe abzuwehren, und wenn in der Etatsvorlegung zu jetziger Zeit eine Verkümmerung unseres Budgetrechts enthalten ist, dann müssen wir mit aller Entschiedenheit besonders nach den Erfahrungen der letzten Jahre protestiren. Aus dem kürzlichen Briefe des Kanzlers geht hervor, daß er sich nicht ein Titelchen von seinen Rechten rauben lassen will und mit derselben Energie wollen wir auch unsere Rechte ihm gegenüber wahren und deshalb bitte ich, Paragraph nach Paragraph abzulehnen. (Bravo! links.)

Darauf wird die Debatte vertagt.

Der Präsident erklärt sodann, daß er sich inzwischen überzeugt habe, daß seine gestrige Auffassung der Geschäftsordnung, wonach er sich für berechtigt hielt, für die neue Sitzung eine neue Tagesordnung festzusetzen, irrthümlich gewesen ist.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Konsularvertrag mit Serbien; Etat.

Schluß 5½ Uhr

Preußischer Landtag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 5. Mai.

Am Ministertisch: v. Puttkamer, Maybach.

Präsident v. Koeller eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzes über die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes. (Eine Prüm über St. Vith und Mont Montjoie nach Rothe Erde.)

Abg. Kieschke beantragt Namens der verstärkten Budgetkommission, dem Gesetzentwurf die Genehmigung zu ertheilen.

Abg. Mooren bedauert, daß die Bethätte der Kreise Prüm und Malmedy zum Bau der genannten Linie sehr ungleich bemessen sei und bittet die Regierung, künftighin eine größere Gleichheit bei Vertheilung der Lasten zu beobachten.

Abg. Berger wiederholt seine neulichen Klagen, daß den betheiligten Kreisen die Pflicht auferlegt worden sei, den Grund und Boden unentgeltlich herzugeben, da dieselben sich in wirthschaftlicher Nothlage befinden, und es stets Grundsatz der Eisenbahnverwaltung gewesen ist, in diesem Falle den Kreisen eine Entschädigung für die Hergabe des Grund und Bodens zu gewähren. Er hätte es deshalb gern gesehen, wenn den Kreisen Prüm und Montjoie jeder Zuschuß zu dem Bauder Bahn erlassen worden wäre.

Das Gesetz wird darauf angenommen.

Es folgt die dritte Berathung der Verwaltungsgesetze.

In der Generaldebatte nimmt zunächst das Wort

Abg. Dr. Meyer (Breslau), der zunächst die mißliche Geschäftslage, in welcher diese wichtigen Gesetze berathen wurden, bedauert und der Meinung ist, daß in zweiter Lesung die Geister aller heiligen Valentins anwesend gewesen seien, da in Schlußanträgen das Möglichste geleistet worden ist. (Heiterkeit.) Mit Bedauern müsse man auch auf die gestrige Abendsitzung blicken, durch deren Ansetzung die Geschäfte des Reichstags gestern empfindlich gestört worden sind. (Sehr richtig!) Der Abg. Windthorst, ichlicht und früh aufstehend, wie er nun einmal ist (Heiterkeit), hat gestern behauptet, daß dieser Antrag auf Abendsitzung von der großen liberalen Partei eingebracht worden sei, doch hoffe ich, daß der Abg. Koehler dieses sein geistiges Eigenthum für sich reklamiren wird; es reiht sich dies würdig dem an, was er sonst für die große liberale Partei geleistet hat. (Heiterkeit.) Wenn der Minister geäußert hat, daß man sich hier ein monumentum aere perennius errichte, so erinnere ich, daß das sehr lange dauert, wie der Bau des Reichstags- und Landtagsgebäudes beweist. Im Uebrigen erinnert man sich hier an ein anderes Horazisches Wort: pulverem Olympicum collegisse juvat (Heiterkeit) und wenn man bis zu den Satyren hinabsteigt, so findet man das Wort: nonum prematur in annum, das sicher zu wenig beachtet worden ist. (Heiterkeit.) Der Hauptpunkt des Gesetzes ist der, ob der Bezirksausschuß für alle Sachen gleich gut organisirt ist und wir müssen das verneinen. Wir haben nicht wieder alle Amendements aus der zweiten Lesung gestellt und haben nur einen einzigen Antrag eingebracht, mit Rücksicht auf ein Wort des Ministers, der die Verlängerung der Diskussion als eine Verschlechterung der Position der Regierung bezeichnete. (Beifall links).

Abg. v. Heydebrand behauptet, daß der Vorredner zur Sache nichts gesagt, dagegen allerlei nicht zur Sache gehörige Dinge vorgebracht habe. Ein weiteres Eingehen auf die Worte des Vorredners halte er bei deren Harmlosigkeit nicht für geboten und bittet in die Diskussion der einzelnen Paragraphen einzutreten.

Abg. Dirichlet erkennt an, daß die Konservativen zwar auf dem Boden ihrer Beschlüsse im Jahre 1880 in Bezug auf den Bezirksrath stehen, nicht aber die Nationalliberalen, die sich in vollkommenen Widerspruch mit ihren früheren Beschlüssen gesetzt haben. Und der Führer des Centrums, der einst hier im Hause sein Bedauern darüber aussprach, daß die Kollegialität im preußischen Ministerium schwinde und von den „Commis des Fürsten Bismarck" sprach, derselbe Herr hat diesmal für das Präfektursystem gestimmt, für die Schwächung des Kollegialsystems, das seine Rückwirkung auf das Ministerium äußern muß. Ich habe mich veranlaßt gesehen, dies vor dem Lande zu konstatiren.

Abg. Goetting rechtfertigt den Standpunkt der hannöverschen Abgeordneten, die nach der Ablehnung des liberalen Amendements nicht das ganze Gesetz haben ablehnen wollen, obwohl sie die Fehler desselben wohl kennen. Sie hoffen jedoch, daß es einer späteren Zeit vorbehalten sein wird, diese Fehler wieder auszumerzen.

Abg. Dr. Brüel erklärt, daß das Centrum nur durch sachliche Gründe, keineswegs durch persönliche Rücksichten zu seinen Beschlüssen bestimmt worden ist und kann nicht einsehen, wie der Abg. Dirichlet in diese Debatte die Stellung der Minister zum Ministerpräsidenten hineinbringen konnte. (Sehr richtig! im Centrum.)

Die Generaldiskussion wird darauf geschlossen.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1—27 des Organisationsgesetzes der Allgemeinen Landesverwaltung anstandslos genehmigt.

Bei § 28 (Bezirksausschuß) erklärt Abg. v. Wedell-Piesdorff, daß die Zusammensetzung dieser Behörde für streitige und nicht streitige Sachen gleich günstig ist und bedauert, daß für den Regierungspräsidenten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksausschusses ein ständiger Vertreter nicht bestellt sei. Es wäre immer besser, wenn ein Ober-Regierungsrath die Stellvertretung übernimmt, der den Präsidenten auch in seinen übrigen amtlichen Funktionen vertritt, als wenn dies durch ein ernanntes Mitglied geschieht. Nur in den umwesentlicheren Sachen soll die Vertretung von einem der ernannten Mitglieder übernommen werden.

Abg. Dr. Brüel: Einen praktischen Werth haben die Auseinandersetzungen des Vorredners nicht, da ein Antrag nicht gestellt worden ist. Ich erkenne aber an, daß in seinen Ausführungen ein berechtigter Kern steckt, doch wäre es nicht angebracht, den Vertreter des Präsidenten in anderen Geschäften auch zum Vertreter desselben im Bezirksausschuß zu bestellen, da man dadurch die ernannten Mitglieder zu Mitgliedern zweiter Klasse machen würde. Dahingegen halte ich es für erwägungswerth, die Zahl der ernannten Mitglieder auf drei zu erhöhen und einem derselben die ständige Vertretung des Präsidenten zu übertragen.

Abg. Dirichlet sieht in den Worten des Herrn v. Wedell ein avis au lecteur für die Berathung im Herrenhause, wo man in der angedeuteten Weise verfahren möchte. Auch der Vorschlag des Abg. Brüel sei für ihn nicht acceptabel; er müsse sich vielmehr aus den bei der zweiten Berathung angeführten Gründen wiederum gegen den § 28 erklären.

Darauf wird § 28 angenommen.

Der Rest des Gesetzes veranlaßt keine wesentliche Debatte.

Es folgt die Berathung des Zuständigkeitsgesetzes.

§§ 1—12 passiren ohne Debatte. Zu § 13, der die Bestätigung der Wahlen von Gemeindebeamten den Regierungspräsidenten zuweist und seinen Beschluß für endgiltig erklärt, beantragen

Agg. Dirichlet und Genossen, daß auf Antrag des Gewählten oder des Wahlkörpers die versagte Bestätigung von dem Minister des Innern ertheilt werden kann und für die Versagung Gründe angeführt werden müssen.

Abg. Zelle erklärt, daß der Antrag einer Anregung des Ministers in der zweiten Lesung seinen Ursprung verdankt und erachtet es für eine Pflicht des Anstandes, bei Versagung der Genehmigung die Gründe dafür mitzutheilen.

Abg. v. Zedlitz giebt seinen Bedenken über diesen Paragraphen Ausdruck. Dadurch, daß die Versagung der Bestätigung der Wahl der Gemeindebeamten nur mit Zustimmung des Bezirksausschusses erfolgen darf, wird ein bedenkliches politisches Moment in die Selbstverwaltungskörper getragen und dadurch die Axt an den Baum der Selbstverwaltung gelegt. Er selbst wird gegen § 13 stimmen, obwohl von seiten des Ministers für denselben plaidirt worden sei.

Abg. v. Rauchhaupt sieht in den Worten des Vorredners ein unberechtigtes Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung, die vollständig werthlos wäre, wenn man ihr nicht so viel Vertrauen schenken dürfte, wie im § 13.

Abg. Dirichlet hält es für durchaus unerläßlich, daß die Versagung der Bestätigung schriftlich motivirt wird, um dadurch allen unangenehmen Gerüchten, die sich an die Versagung knüpfen, entgegenzutreten.

Ministerialdirektor v. Zastrow sieht in dem Antrage Dirichlet ein berechtigtes Moment, ist aber entschieden dagegen, daß dem Gewählten selbst, vielleicht im Gegensatz zu dem Wahlkörper, das Beschwerderecht über die Versagung der Bestätigung verliehen wird. Auch gegen eine Angabe von Gründen für die Versagung müsse sich die Regierung aus praktischen Gründen erklären.

Abg. v. Dziembowski erklärt, daß seine politischen Freunde die Bedenken des Abg. v. Zedlitz nicht theilen und für den § 13 stimmen werden.

Abg. Dr. Brüel glaubt, daß durch die Annahme der Kommissionsbeschlüsse es nicht ausgeschlossen ist, daß der Präsident von dem Minister des Innern zur Ertheilung der Bestätigung veranlaßt werden könne und würde für den Antrag Dirichlet stimmen, wenn dieser nicht dem Gewählten selbst das Beschwerderecht verliehen würde, und wenn er auf die Mittheilung von Gründen für die Versagung der Bestätigung verzichten würde. Redner stellt einen dahingehenden Antrag.

Die Diskussion wird darauf geschlossen.

In namentlicher Abstimmung wird das Alt. 2 des Antrags Dirichlet, welcher für jeden die Bestätigung versagenden Beschluß die Angabe von Gründen verlangt, mit 213 gegen 125 Stimmen abgelehnt und § 13, nach Ablehnung des ersten Theils des Antrages angenommen.

Nachdem (1 Uhr 10 Minuten) ein Vertagungsantrag des Abg. Dirichlet abgelehnt ist, beantragt derselbe über jeden der folgenden Paragraphen getonderte Abstimmung.

Nachdem darauf ein wiederholter Antrag auf Vertagung abermals abgelehnt worden ist, stellt

Abg. Parisius einen erneuten Vertagungsantrag, indem er auf den Beginn der Reichstagssitzung verweist und das Verfahren der Konservativen als ein unwürdiges bezeichnet. (Lärm rechts.)

Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.) Der Vertagungsantrag wird wiederum abgelehnt.

Nachdem die §§ 1—56 angenommen sind, erinnert

Abg. Langerhans (zur Geschäftsordnung) an den vereinbarten Modus, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses abzubrechen, wenn die Sitzungen des Reichstages beginnen. Dadurch, daß dies nicht respektirt wird, wird eine Erregtheit in die Debatte getragen, die der Sache nicht förderlich ist. Es ist jetzt eine Reichstagssitzung, bei der wir nicht fehlen dürfen. (Lachen rechts; Rufe: Richter.)

Abg. Koehler (Göttingen): Meine Freunde wurden dem Vertagungsantrag zugestimmt haben, wenn die Fortschrittspartei nicht so provozirend aufgetreten wäre. Unter diesen Umständen wünschen sie Fortsetzung der Berathung.

Abg. Parisius: Ich beantrage abermals Vertagung. Der Standpunkt des Herrn Koehler ist mir absolut unverständlich. Ich bediene mich einfach meines Rechtes, das die Geschäftsordnung mir verleiht, wenn ich nicht zugeben will, daß die Minorität von der Majorität mattraitirt und terrorisirt wird. (Große Unruhe. Rufe: Zur Ordnung.)

Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Parisius: Ich bedauere den Ausdruck „mattraitiren" gebraucht zu haben und nehme ihn zurück. Aber ich fordere den Herrn Präsidenten auf, mir zu sagen, ob eine Vereinbarung zwischen den Präsidenten des Reichstages und Abgeordnetenhauses besteht. Wir können von hier aus doch nicht die Geschäfte des Reichstages führen, den ich für eine wichtigere Körperschaft halte, als das Abgeordnetenhaus. Sollte mein Antrag nicht angenommen werden, so werde ich das Haus verlassen.

Da der Präsident die Frage nicht beantwortet, konstatirt Abg. Parisius dies, worauf der Präsident erklärt, daß heute deshalb über den Beginn der Reichstagssitzung berathen werde, weil im Reichstage keine Abstimmung erwartet werde und das Haus ein Interesse daran habe, mit den Verwaltungsgesetzen zu Ende zu kommen. (Beifall rechts.)

Der Rest des Gesetzes wird darauf ohne Debatte angenommen; ebenso das ganze Gesetz.

Nächste Sitzung: Montag 9 Uhr. Tagesordnung: Sekundärbahnvorlage.

Präsident v. Köller wird beim Verlassen des Präsidentenstuhles von der Rechten mit demonstrativen Bravorufen empfangen und vielfach beglückwünscht.

Schluß 1¾ Uhr.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen aus der Provinz ꝛc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

⊽ **Könnern**, 4. Mai. Dieser Tage erkrankten plötzlich sämmtliche Mitglieder der Familie des Maurers Schmidt unter Vergiftungserscheinungen. Sofortige ärztliche Hilfe beseitigte die Gefahr. Man vermuthet die Ursache im Genuß verdorbener Butter. — Die Bestellarbeiten in hiesiger Flur sind als beendigt anzusehen. Trotz der trockenen Witterung ist der Stand der Saaten zufriedenstellend. Die Obstblüume berechtigen zu den besten Hoffnungen. Leider ist vielfach Klage über Baumfrevel zu führen. — Gestern erhängte sich der Auszügler K. Aussichtslose Hoffnung auf Heilung eines körperlichen Leidens wird als Ursache angegeben. — Ein großes Schadenfeuer im vorigen Jahre ließ eine geordnete und disciplinirte Feuerwehr an hiesigem Orte sehr vermissen und es wurde deshalb bald danach eine solche ins Leben gerufen. Erste vorigen Monats fand behufs Rechnungslegung eine Generalversammlung derselben statt, aus der folgendes mitzutheilen ist: Die Ausgaben betrugen a) für Uniformirung, Löschgeräthe und dergl. 1025,66 M., b) für Feuerspritze 900 M., c) für Wasserwagen 625 M., d) für Steigerhaus 150 M., e) für Fonds zum Ersatz von Schaden bei Bränden oder Uebungen 70,30 M. = 2801,96 M. Die Einnahmen: a) einmalige freiwillige Beiträge der Bürgerschaft 211,85 M., b) Zuschuß von 5 Versicherungsgesellschaften 1446,70 M., c) Monatsbeiträge der aktiven und inaktigen Mitglieder 621,25 M. = 2279,80 M. Das demnach vorhandene Defizit von 522,16 M. wird wahrscheinlich aus städtischen Mitteln gedeckt werden.

Y **Kötschau**, 4. Mai. Gestern fand in Korbetha wieder eine Versammlung der Oekonomen hiesiger Gegend behufs Gründung einer Zuckerfabrik in Dürrenberg statt. Die Versammlung soll zwar resultatlos verlaufen sein, doch scheint man keineswegs entmuthigt, noch geneigt zu sein, das Projekt fallen zu lassen. — Seit kurzem ist in unserm Orte sowie in Altranstedt Straßenbeleuchtung eingeführt. Die benachbarten Orte Schladebach und Witzschersdorf dürften dem guten Beispiele bald folgen — In Altranstedt hat sich auch eine Feuerwehr gebildet. — Der Stand des Wintergetreides läßt auch hier manches zu wünschen übrig.

— **Stößen**, 2. Mai. Gelegentlich des eben hier stattgefundenen Viehmarktes hatte der Viehändler Bauer aus dem benachbarten Wethau auf dem Markte seine Brieftasche mit 540 Mk. Inhalt verloren. Trotzdem er den Verlust sofort bemerkte und durch Ausklingeln dem Finder 60 M. Belohnung bot, ist er nicht wieder in den Besitz des Geldes gekommen. — Im benachbarten Dorfe Görschen feierten am 30. d. Mts. die Eheleute Gutsbesitzer Fröhlich und Frau geb. Seifert das Fest der goldenen Hochzeit. Dem Jubelpaare wurden zahlreiche sinnige Geschenke und Glückwünsche dargebracht.

♀ **Köthen**, 2. Mai. Einige Mitglieder des Hoftheaters zu Dessau, welches am 29. v. Mts. die Saison mit der Pierson'schen Oper „Zemco" geschlossen hat, veranstalten in dem im großen Saale der hiesigen städtischen Turnhalle neuerrichteten Theater ein Ensemble-Gastspiel. Bei jedem Auftreten der geschätzten Künstler ist das Haus ausverkauft. Den Gästen ist aber dadurch eine unangenehme Ueberraschung bereitet worden, daß ihnen in der Nacht zum Dienstag mittels Einbruchs ein Dieb einen Theil der Herrengarderobe aus dem als Umkleidezimmer benutzten Raum in der Turnhalle entführte. Von dem Diebe, der übrigens kein professioneller Spitzbube zu sein scheint, da er die kostbare Damengarderobe unberührt ließ, fehlt bisher jede Spur. — In einem zum Dorfe Ziebigk gehörigen kleinen Gehöft wurde heute früh ein noch unbekannter Mann in unlenbarer Stellung an einer Rüster erhängt aufgefunden.

Sz. **Coswig i. A.**, 1. Mai. Im nahen Möllensdorf wurde in der Nacht zum 27. v. M. beim Mühlenbesitzer B. ein Einbruchsdiebstahl versucht. Die Verbrecher, welche es auf die Vorrathskammer abgesehen hatten, wurden jedoch überrascht und ergriffen die Flucht. — Das Gesetz gegen die Trunksucht ist gegen den Kossathen Hübner in Buro derart zur Anwendung gekommen, daß denselben bis zum 1. April l. Js. der Besuch von Wirthshäusern sowohl im Orte als auch im Umkreise von 4 Kilometern verboten worden ist.

Vermischtes.

— [Ein neues unterseeisches Kabel] soll demnächst zwischen Spanien und Cuba gelegt werden. Das Projekt bedarf nur noch der Genehmigung des spanischen Ministers für öffentliche Arbeiten, um in Angriff genommen zu werden. Die Drähte sollen in drei Abtheilungen gelegt werden, nämlich zwischen Portugal und den Azoren (1000 Meilen), von den Azoren nach den Bermudas (1700 Meilen), von den Bermudas nach Havana (775 Meilen). Von den Bermudas aus soll eine Verbindung mit New-York durch ein 750 Meilen langes Kabel hergestellt werden und von Havana aus soll ein etwa 380 Meilen langes Zweigkabel den Anschluß an die centralamerikanischen Linien bewerkstelligen.

— [Kampf mit Bluthunden.] Aus London schreibt man: Im Opernhause von Bury spielte sich am 2. d. abends eine äußerst aufregende Szene ab. Während der Aufführung von „Onkel Thom's Hütte" kamen in der Fluchtszene den George Harris, welche Rolle der Schauspieler Hermann inne hatte, drei große Bluthunde auf die Bühne. Durch ein Versehen hatte man es unterlassen, den riesengroßen Hunden die Maulkörbe anzulegen, und die Doggen stürzten sich nun in vollem Ernste auf Mr. Hermann, der, sofort zu Boden gerissen, aus vielen Wunden blutete und in großer Gefahr stand, zerrissen zu werden. Ein kräftiger Neger, Namens Edwards, der in dem Stücke mitwirkte, und der Theaterdirektor Purcel warfen sich muthig auf die ganz wild gewordenen Bestien und überwältigten sie nach einem heißen Kampfe. Im Publikum herrschte, wie leicht denkbar, die größte Aufregung. Der Vorhang fiel und nach einer halben Stunde erschien Mr. Hermann, dessen nicht unbedeutende Wunden inzwischen verbunden worden waren, wieder auf der Bühne und spielte mit bewundernswerther Kaltblütigkeit seine Rolle zu Ende, wobei der Kampf mit den Bluthunden, die jetzt aber nicht wieder ohne Maulkörbe erschienen, wiederholt wurde.

— [Schierlings-Vergiftung.] In Gregersdorf bei Neidenburg hatte die Frau des Instmannes Tzuskowski vor einigen Tagen zu einem Abendessen Pastinak zubereitet, den sie aus der Nachbarschaft erhalten hatte. Es waltete aber ein Irrthum ob; dieser Pastinak war nichts anderes als Schierling. Der Mann starb nach einer qualvollen Nacht am andern Morgen, während dessen sich die Frau und ein 15jähriger Sohn wie Rasende geberdeten. Für diese fürchteten die Aerzte Schlimmes. Eine 17jährige und eine 6jährige Tochter sind gesund geblieben, weil sie von dem Pastinak, der ihnen nicht mundete, so gut wie nichts genossen haben.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* **Stettin**, 5. Mai, nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Weizen fest, loco 145—195, pr. Mai-Juni 196,00, pr. Juni-Juli 194,50, pr. Sept.-Okt. 198,—. Roggen beruhigt, loco 132—142, pr. Mai-Juni 144,00, pr. Juni-Juli 145,50, pr. Sept.-Okt. 149,00. Rüböl pr. Sept.-Okt. 285. Rüböl ruhig, 100 Kilogr. pr. Mai-Juni 70,00, pr. Sept.-Okt. 61,70. Spiritus matt, loco 54,00, pr. Mai 53,90, pr. Juni-Juli 54,60. pr. August-Sept. 55,90.

* **Breslau**, 5. Mai. nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Spiritus pr. 100 Liter 100% pr. Mai 53,00, pr. Aug.-Sept. 54,20, pr. Sept.-Okt. 53,50. Weizen pr. Mai 187,00. Roggen pr. Mai 145,50, pr. Mai-Juni 145,50, pr. Sept.-Okt. 149,00. Rüböl pr. Mai 73,50, pr. Mai-Juni 72,50, pr. Sept.-Okt. 62,00. Hafer unverändert.

* **Köln**, 5. Mai, nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Weizen hiesiger loco 20,75, fremder loco 21,00, pr. Mai 20,25, pr. Juli 20,40, pr. Nov. 20,60. Roggen loco 14,75, pr. Mai 14,70, pr. Juli 15,20, pr. Nov. 15,60. Hafer loco 14,50, Rüböl loco 37,00, pr. Mai 36,70, pr. Okt. 32,00.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18830508028/fragment/page=0002